

**Stadt Füssen 2. Änderung und 1. Erweiterung der vorhabenbezogenen ersten Änderung des Bebauungs-
planes N 5 – Südlich des Waldfriedhofes (Erweiterung Hotel)**

Abwägungs- und Beschlussvorlage zur Entwurfsfassung vom 28.11.2023 Sieber Consult GmbH, Lindau (B)/Weingarten
26.01.2024

1 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs.2 BauGB)

- 1.1 Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 15.12.2023 zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zur Entwurfsfassung vom 28.11.2023 bis zum 22.01.2024 aufgefordert.
- 1.2 Von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sind keine Anregungen zur Abwägung relevant:
 - Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, Koordination Bauleitplanung – BQ, München (keine Stellungnahme)
 - Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Marktoberdorf (keine Stellungnahme)
 - Feuerwehrkommandant Füssen, Füssen (keine Stellungnahme)
 - Kreisheimatpfleger (Baudenkmalpflege, Planungs- und Bauwesen), Lengenwang (keine Stellungnahme)
 - Elektrizitätswerk Reutte GmbH & Co. KG, Füssen (keine Stellungnahme)
 - Erdgas Allgäu Ost GmbH & Co. KG, Füssen (keine Stellungnahme)
 - Gemeinde Eisenberg (keine Stellungnahme)
 - Gemeinde Pfronten (keine Stellungnahme)
 - Gemeinde Hopferau (Stellungnahme ohne Anregung)
 - Gemeinde Rieden am Fergensee (Stellungnahme ohne Anregung)
 - Gemeinde Schwangau (Stellungnahme ohne Anregung)
- 1.3 Von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sind Stellungnahmen zur Abwägung relevant. Diese werden wie folgt behandelt:

1.3.1	Regierung von Schwaben, Augsburg Stellungnahme vom 16.01.2024:	O. a. Bauleitplanvorhaben stehen landesplanerische Belange nicht entgegen.	Abwägung/Beschluss: Die Stellungnahme, dass landesplanerische Belange nicht entgegenstehen, wird begrüßt. Es erfolgt keine Planänderung.
-------	------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

1.3.2	Regionaler Planungsverband Allgäu, Kaufbeuren Stellungnahme vom 17.01.2024:	O. g. Vorhaben stehen regionalplanerische Belange nicht entgegen.	Abwägung/Beschluss: Die Stellungnahme, dass regionalplanerische Belange nicht entgegenstehen, wird begrüßt. Es erfolgt keine Planänderung.
1.3.3	Landratsamt Ostallgäu, Bauplanungsrecht / Städtebau Stellungnahme vom 22.01.2024:	Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage. Es wird darauf hingewiesen, dass die festgesetzten Grünflächen nicht dem Bauland nach § 19 Abs. 3 BauNVO zuzurechnen sind und somit bei der Berechnung der zulässigen Grundfläche grundsätzlich nicht berücksichtigt werden (vgl. RdNr. 20 zu § 19 BauNVO König/Rösner/Stock), es sei denn der Bebauungsplan trifft hier eine abweichende Regelung. Die geplante zulässige Grundfläche bis zur sog. Kapungsgrenze (§ 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO) ist sehr hoch, auch in Hinblick auf ein reines Wohngebiet im Umfeld. In Hinblick auf die notwendige Klimaanpassung sollte deshalb bei Beibehaltung der zulässigen Grundfläche bis zur einer GRZ von 0,8 die Regelung in Nr. 2.3 erster Spiegelstrich der textlichen Festsetzungen konkretisiert werden. Die Bezeichnung nicht vollflächig versiegelt ist ungenau. Hier sollten konkreter Regelungen, z.B. Mindestbreite von Pflasterfugen, getroffen werden.	Abwägung/Beschluss: Die Stellungnahme zur zulässigen Grundfläche wird zur Kenntnis genommen. Es ist richtig, dass die festgesetzten Grünflächen nicht dem Bauland nach § 19 Abs. 3 BauNVO zuzurechnen sind. Die Festsetzung unter Ziffer 2.3 (Überschreitung der maximal zulässigen Grundfläche) regelt jedoch nur die Überschreitungsmöglichkeiten. Die maximal zulässige Grundfläche darf lediglich mit den in der Festsetzung genannten Anlagen überschritten werden. Dies ist, wie in der Begründung bereits unter Ziffer 6.2.5.2 ausgeführt, erforderlich um die nötigen und zulässigen Garagen und/oder Stellplätze errichten zu können. Fehlentwicklungen werden aufgrund der Gesamtkonzeption vermieden. Der Begriff "nicht vollflächig versiegelt" in Bezug auf die Stellplätze sowie die Zufahrten bedeutet, dass es sich um wasserdurchlässige Beläge (z.B. in Splitt verlegtes Pflaster mit Rasenfuge, Drainfugenpflaster, Rasengittersteine, Schotterrasen, Kiesflächen) handeln muss. Durchgehenden Asphaltbeläge scheiden hierdurch z.B. aus. Dies wird zur Klarstellung in der Begründung ergänzt.
1.3.4	Landratsamt Ostallgäu, Untere Naturschutzbehörde Stellungnahme vom 22.01.2024:	Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z. B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen) Einwendungen Satzung	Abwägung/Beschluss: Die Einwendung zum Hinweis unter Ziffer 4.5 wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dieser Ziffer um einen Hinweis für den Umgang mit den Gehölzen außerhalb der Pflanzbindung handelt. Durch entsprechende Pflanzbindungen ist ein Großteil der vorhandenen Gehölze als

		<p>Ziff. 4.5: Vorhandene Gehölze sind zu erhalten. Sollten sie dennoch beseitigt werden, so ist <u>VORAB</u> die Untere Naturschutzbehörde anzufragen.</p>	<p>zu erhalten verbindlich festgesetzt. Sollten Gehölzrodungen innerhalb des Plangebietes und außerhalb der Bereiche mit Pflanzbindung erforderlich werden, werden diese Vorab mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Dies wird im angesprochenen Hinweis ergänzt.</p>
		<p>Plan</p> <p>Die Stellplätze sind zu begrünen. Hierfür ist pro 5 Stellplätzen 1 heimischer Laubbaum zu pflanzen Dies betrifft insbesondere die Stellplätze im Norden auf Fl. Nr. 1589/5.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Der Hinweis, dass Stellplätze zu begrünen sind und dass pro 5 Stellplätze 1 heimischer Laubbaum zu pflanzen ist, sowie dass dies insbesondere die Stellplätze im Norden auf Fl.-Nr. 1589/5 betrifft, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Bereich der Stellplätze auf Fl.-Nr. 1589/5 ist aktuell bereits eine Bepflanzung durch Bäume und Sträucher vorhanden und die Fläche somit bereits ausgiebig begrünt. Durch die geplante Anlage zusätzlicher 4 Stellplätze an unterschiedlichen Stellen in diesem Bereich, ist eine weitere Begrünung der Fläche kaum möglich. Für den gesamten Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes gilt die städtische Stellplatzsatzung in ihrer jeweils aktuellen Fassung (Vgl. Ziff. 4.9 Städtische Stellplatzsatzung). Diese Satzung regelt unter § 5, Abs. 6 die Bepflanzung sowie den Erhalt vorhandener Grünbestände. Die im Bereich der Stellplätze vorhandenen Bäume werden somit erhalten und die Pflanzung ggf. gemäß Satzung ergänzt. Eine weitere Regelung im Bebauungsplan ist somit nicht erforderlich.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
1.3.5	<p>Landratsamt Ostallgäu, Untere Bodenschutzbehörde</p> <p>Stellungnahme vom 27.12.2023:</p>	<p>Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Altlasten:</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme zum Vorkommen von Altlasten und Altablagerungen wird zur Kenntnis genommen. Der Gemeinde sind ebenfalls keine Vorkommen von Altlasten und Altablagerungen bekannt.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>

		<p>Der vorliegende Bebauungsplan für das Gebiet "Südl. d. Waldfriedhofes (Erw. Hotel) -Az. 6102-22/23" wurde in Bezug auf Altlasten und Altablagerungen überprüft.</p> <p>Nach den bei der Unteren Bodenschutzbehörde vorliegenden Unterlagen befinden sich im Geltungsbereich des Planes keine altlastverdächtigen Ablagerungen.</p>	
		<p>Schutzgut Boden:</p> <p>Die Versiegelung des Bodens ist gering zu halten.</p> <p>Schadstoffbelasteter Boden und Aushub, der bei Bauarbeiten anfällt, ist entsprechend der abfall- und bodenschutzrechtlichen Vorschriften ordnungsgemäß und schadlos zu entsorgen. Hierüber sind Nachweise zu führen und dem Landratsamt auf Verlangen vorzulegen.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme zum Umgang mit Boden wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise, dass Schadstoffbelasteter Boden und Aushub, welcher bei Bauarbeiten anfällt, auf Ebene der Baugenehmigung entsprechend der abfall- und bodenschutzrechtlichen Vorschriften ordnungsgemäß und schadlos entsorgt wird, sowie der Hinweis, dass hierüber Nachweise geführt und diese dem Landratsamt auf Verlangen vorgelegt werden, wird unter Ziffer 4.8 des Bebauungsplanes ergänzt.</p>
1.3.6	<p>Landratsamt Ostallgäu, Untere Immissions-schutzbehörde</p> <p>Stellungnahme vom 18.01.2024:</p>	<p>Sonstige fachliche Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Die geplante Erweiterung des Hotelbetriebes wurde durch eine Schalltechnische Untersuchung der Sieber Consult GmbH vom 28.11.2023 untersucht. Mit dem Gutachten besteht aus fachlicher Sicht weitestgehend Einverständnis. Schädliche Umwelteinwirkungen durch Lärmimmissionen sind bei Einhaltung der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zu erwarten.</p> <p>Hinweis zu Ziffer 4.10 des Textteils: An denjenigen Immissionsorten an denen die Immissionsrichtwerte der TA Lärm nicht um mindestens 1 dB(A) unterschritten werden, führt die Errichtung weiterer Lärmquellen mit den in Ziffer 4.10 genannten Beurteilungspegeln (44</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Anmerkungen zu den Lärmimmissionen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dem Hinweis zu Ziffer 4.10 und den hier aufgeführten Beurteilungspegeln wird zugestimmt. Der Hinweis zu den Lärmimmissionen von Luftwärmepumpen wird entsprechend gekürzt. Es werden somit keine Beurteilungspegel mehr genannt, es wird lediglich auf die Beachtung der Maßgaben der TA Lärm hingewiesen.</p>

		dB(A) tags und 29 dB(A) nachts) zu einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte. Eine pauschale Festlegung der Beurteilungspegel für Wärmepumpen ist daher nicht zielführend. Bei Errichtung weiterer Lärmquellen, muss sichergestellt werden, dass die Immissionsrichtwerte der TA Lärm eingehalten werden.	
1.3.7	Landratsamt Ostallgäu, Untere Wasserrechtsbehörde Stellungnahme vom 16.01.2024:	<p>Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Die vorgeschlagenen Änderungen aus unserer Stellungnahme 15.05.2020 wurden in den neuen Entwurf eingearbeitet.</p> <p>Zusätzlich möchten wir auf folgendes hinweisen:</p> <p>Sollten also Bauteile, Keller oder Tiefgaragen geplant sein, deren Sohle deutlich unter Gelände zu liegen kommt, ist ggf. damit zu rechnen, dass Grundwasser angeschnitten wird.</p> <p>Solche Tiefbaumaßnahmen, die eine Barrierewirkung im Grundwasser erzeugen, werden wasserrechtlich als Benutzungstatbestände nach § 9 WHG angesehen und benötigen eine gesonderte, eigenständige wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 WHG. Diese ist unter Vorlage aussagekräftiger und vollständiger Unterlagen rechtzeitig vor Baubeginn beim Landratsamt Ostallgäu zu beantragen. Die Unterlagen müssen eine Aussage zur Auswirkung der Grundwasserbenutzung auf die Rechte Dritter und das naturräumliche Umfeld beinhalten.</p> <p>Sollten bei den Baumaßnahmen selbst schon Grundwasserabsenkungen erforderlich sein, ist im Sinne einer nachhaltigen Grundwasserbewirtschaftung eine geschlossene Bauwasserhaltung mittels Schlitz- oder</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Es wird begrüßt, dass seitens der unteren Wasserbehörde die Einarbeitung der vorgeschlagenen Änderungen aus der Stellungnahme vom 15.05.2020 zur Kenntnis genommen wurde.</p> <p>Die Hinweise zu möglichen Eingriffen in das anstehende Grundwasser sowie der daraus resultierenden Vorgaben einer gesonderten wasserrechtlichen Erlaubnis werden zur Kenntnis genommen. Im Bebauungsplan wird ein entsprechender Hinweis zum Grundwasserschutz aufgenommen und die in der Stellungnahme genannten Anmerkungen übernommen.</p>

		<p>Spundwänden, die bis in den Grundwasserstauer einbinden, vorzuziehen. Alternativ ist das unschädliche Wiedereinleiten des abgepumpten und unverschmutzten Wassers über eine geeignete Versickerungseinrichtung in das Grundwasser anzustreben.</p> <p>Bauwasserhaltungen, bzw. Grundwasserabsenkungen bedürfen einer wasserrechtlichen Erlaubnis.</p>	
1.3.8	Landratsamt Ostallgäu, Kommunales Bauamt - Kreisstraßenverwaltung Stellungnahme vom 20.12.2023:	Die Kreisstraßenverwaltung ist durch das oben genannte Vorhaben nicht betroffen.	Abwägung/Beschluss: Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kreisstraßenverwaltung nicht betroffen ist. Es erfolgt keine Planänderung.
1.3.9	Landratsamt Ostallgäu, Sachgebiet 32 – Kommunale Abfallwirtschaft Stellungnahme vom 20.12.2023:	<p>Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Die abfallwirtschaftlichen Belange (Anfahrbarkeit der Grundstücke) sind wie in unserer letzten Stellungnahme vom 15.05.2022 ausreichend berücksichtigt.</p>	Abwägung/Beschluss: Es wird zur Kenntnis genommen, dass die abfallwirtschaftlichen Belange aus der Stellungnahme vom 15.05.2022 ausreichend berücksichtigt wurden. Es erfolgt keine Planänderung.
1.3.10	Kreisheimatpfleger (Bereich Bodendenkmalpflege), Lamerdingen Stellungnahme vom 20.01.2024:	<p>Sonstige fachliche Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Das Plangebiet liegt weder in noch an einem derzeit bekannten Bodendenkmal. Der richtige Umgang mit Bodendenkmälern, die im Rahmen der Bodeneingriffe gefunden werden, ist in den Planunterlagen gut beschrieben.</p> <p>Aus Sicht der Bodendenkmalpflege gilt grundsätzlich das gleiche, wie für die 1. Änderung, zu der ich bereits 2019 Stellung genommen habe, daher weise ich erneut</p>	Abwägung/Beschluss: Es wird zur Kenntnis genommen, dass der richtige Umgang mit Bodendenkmälern in den Planunterlagen bereits gut beschrieben ist und dass das Plangebiet weder in noch an einem derzeit bekannten Bodendenkmal liegt. Der Verweis auf die Stellungnahme von 2019 zur 1. Änderung des Bebauungsplanes sowie der Hinweis auf die ca. 80 Meter westlich gelegene Straße der römischen Kaiserzeit (Via Claudia), (Aktennummer D-7-8430-0001) werden zur Kenntnis genommen. Für die Abwägung zur Bauleitplanung besteht keine Relevanz.

		auf die ca. 80 Meter westlich gelegene Straße der römischen Kaiserzeit (Via Claudia), (Aktennummer D-7-8430-0001) hin.	Es erfolgt keine Planänderung.
1.3.11	Industrie- und Handelskammer Schwaben, Augsburg Stellungnahme vom 18.01.2024:	Die farbliche Kennzeichnung der vorgenommenen Änderungen hat die Beurteilung der Unterlagen sehr vereinfacht. Aus Sicht der IHK Schwaben ergeben sich aufgrund der vorliegenden baulichen Strukturen und wirtschaftlichen Gegebenheiten keine Bedenken gegen die vorgelegten Planunterlagen.	Abwägung/Beschluss: Es wird begrüßt, dass sich aus Sicht der IHK Schwaben keine Bedenken gegen die vorgelegten Planunterlagen ergeben. Es erfolgt keine Planänderung.
1.3.12	Füssen Tourismus und Marketing Stellungnahme vom 19.12.2023:	Füssen Tourismus und Marketing, AdöR der Stadt Füssen, unterstützt das Vorhaben.	Abwägung/Beschluss: Es wird begrüßt, dass Füssen Tourismus und Marketing das Vorhaben unterstützt. Es erfolgt keine Planänderung.
1.3.13	Stadtwerke Füssen, Abteilung Beitragsveranlagung Stellungnahme vom 16.01.2024:	Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können Einwendungen Die Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans N 5 für das Maß der baulichen Nutzung entsprechen NICHT den beitragsrechtlichen Veranlagungsmöglichkeiten nach § 5 der Beitrags- und Gebührensatzungen für Wasser und Entwässerung (BGS-WAS und BGS-EWS) i.V.m. dem Bay. Kommunalen Abgabengesetz (KAG). Eine Veranlagung von Herstellungsbeiträgen nach KAG ist rechtswirksam nur möglich, wenn im B-Plan eine der folgenden Festsetzungen gewählt werden: – eine Geschossflächenzahl oder – eine Baumassenzahl oder	Abwägung/Beschluss: Die Stellungnahme zu den beitragsrechtlichen Veranlagungsmöglichkeiten wird zur Kenntnis genommen. Vorliegend ist im vorhabenbezogenen Bebauungsplan eine maximal zulässige Grundfläche festgesetzt und im Vorhaben- und Erschließungsplan ist die Wandhöhe vorgegeben. Der Vorhaben- und Erschließungsplan ist gemäß § 2 des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes verbindlicher Bestandteil. Aus diesem Grund wird kein Erfordernis gesehen die Wandhöhe zusätzlich im vorhabenbezogenen Bebauungsplan festzusetzen. Es erfolgt keine Planänderung.

		<ul style="list-style-type: none"> – eine Grundflächenzahl i.V.m. einer Wandhöhe oder – eine Größe der Grundfläche i.V.m. einer Wandhöhe. <p>Eine Vermischung wie im vorliegenden Entwurf von "Größe der maximal zulässigen Grundfläche" und "Maximal zulässige Gesamt-Gebäudehöhe" ist aus beitragsrechtlicher Sicht und damit aus Sicht der Stadt Füssen zur Deckung von Erschließungskosten leitungsgebundener Anlagen und <u>somit zur Vermeidung von Beitragsausfällen unbedingt zu vermeiden</u>. Es sollten Festsetzungen im Rahmen der möglichen Beitragsveranlagung gewählt werden.</p> <p>Der Vorhabenträger sollte im Vorfeld über mögliche Kosten durch Beitragsveranlagungen nach KAG und Beitragssatzung informiert werden.</p> <p>Erhöht sich durch die Aufstellung oder Änderung eines Bebauungsplans das Maß der baulichen Ausnutzbarkeit auf dem Grundstück <u>UND</u> sind für diese Flächen noch keine Beiträge geleistet worden, so ergibt sich ein Nacherhebungstatbestand, welcher nach Rechtskraft des B-Plans zur beitragspflichtigen Veranlagung kommt (rechtlich abgegoltene Beiträge werden berücksichtigt).</p> <p>Rechtsgrundlagen</p> <p>§ 5 Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabensatzung der Stadt Füssen (BGS-WAS)</p> <p>§ 5 Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Füssen (BGS-EWS)</p> <p>Art. 5 Kommunalabgabengesetz (KAG)</p> <p>Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen)</p>	
--	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

		Der B-Plan sollte -auch aus haushaltsrechtlicher Sicht- mit einer der vier oben genannten möglichen Festsetzungen für das Maß der baulichen Nutzung beschlossen werden.	
1.3.14	Stadtwerke Füssen, Abwasserbeseitigung Stellungnahme vom 18.12.2023:	Sonstige fachliche Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage Textliche Korrektur bzgl. Eigentumsverhältnis Kanalisation; siehe Anhang	Abwägung/Beschluss: Die Stellungnahme der Stadtwerke Füssen wird zur Kenntnis genommen Die textliche Korrektur wird entsprechend vorgenommen.
1.3.15	Deutsche Telekom Technik GmbH, Kempten Stellungnahme vom 23.01.2024:	Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Durch die o. a. Planung werden die Belange der Telekom zurzeit nicht berührt. Bei Planungsänderungen bitten wir uns erneut zu beteiligen. Sollten Sie im Rahmen dieses Verfahrens Lagepläne unserer Telekommunikationsanlagen benötigen, können diese angefordert werden bei: E-Mail: Planauskunft.Sued@telekom.de Fax: +49 391 580213737 Telefon: +49 251 788777701	Abwägung/Beschluss: Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Belange der Telekom derzeit nicht berührt werden. Es erfolgt keine Planänderung.

		<p>Die Verlegung neuer Telekommunikationslinien zur Versorgung des Planbereichs mit Telekommunikationsinfrastruktur im und außerhalb des Plangebiets bleibt einer Prüfung vorbehalten.</p> <p>Damit eine koordinierte Erschließung des Gebietes erfolgen kann, sind wir auf Informationen über den Ablauf aller Maßnahmen angewiesen. Bitte setzen Sie sich deshalb so früh wie möglich, jedoch mindestens 4 Monate vor Baubeginn, in Verbindung mit:</p> <p>Deutsche Telekom Technik GmbH Technik Niederlassung Süd, PTI 23 Gablinger Straße 2 D-86368 Gersthofen</p>	
1.3.16	<p>Schwaben Netz GmbH, Augsburg</p> <p>Stellungnahme vom 10.01.2024:</p>	<p>Wir teilen Ihnen mit, dass wir gegen den Bebauungsplan keinen Einwand erheben.</p> <p>Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass im Planungsbereich bereits Gasleitungen von uns betrieben werden, deren Bestand und Betrieb zu sichern ist. Wir bitten dies in Ihrer Planung zu berücksichtigen.</p> <p>Aktuelle Bestandspläne können auf der Homepage der Schwaben netz gmbh unter folgender Adresse angefordert werden: "http://planauskunft.schwaben-netz.de/"</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme zu bestehenden Gasleitungen im Planungsbereich wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen des Vollzugs wird auf den Bestand und Betrieb der Gasleitungen geachtet.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>

2 Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)

- 2.1 Die Beteiligung der Öffentlichkeit fand in der Zeit vom 21.12.2023 bis 22.01.2024 mit der Entwurfsfassung vom 28.11.2023 statt.
- 2.2 Es wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

3 Beschlüsse zum Verfahren

- 3.1 Der Planungs-, Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss der Stadt Füssen macht sich die Inhalte der Abwägungs- und Beschlussvorlage zur Fassung vom 28.11.2023 zu eigen.
- 3.2 Für die in der Sitzung des Planungs-, Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschusses beschlossenen Inhalte wurde bereits vor der Sitzung eine vollständige Entwurfsfassung zur Verdeutlichung der möglichen Änderungen ausgearbeitet. Die vom Planungs-, Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss vorgenommenen Änderungs-Beschlüsse im Rahmen der nun vorgenommenen Abwägungen sind mit den Inhalten dieser Entwurfsfassung identisch. Der Planungs-, Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss billigt diese Entwurfsfassung vom 26.01.2024. Die Änderungen beschränken sich auf Ergänzungen der Hinweise und redaktionelle Änderungen der Planzeichnung und des Textes sowie Ergänzungen der Begründung. Es sind keine Inhalte betroffen, die zu einer erneuten Beteiligung führen. Die von den Änderungen betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden entsprechend benachrichtigt.
- 3.3 Die 2. Änderung und 1. Erweiterung der vorhabenbezogenen ersten Änderung des Bebauungsplanes N 5 – Südlich des Waldfriedhofes (Erweiterung Hotel) in der Fassung vom 26.01.2024 wird gemäß dem Satzungstext als Satzung beschlossen.

Füssen, den 06.02.2024

4 Anlagen

- 4.1 Textliche Korrektur zur Stellungnahme vom 18.12.2023 der Stadtwerke Füssen, Abwasserbeseitigung